

Beschlussblatt

aus der 55. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Planung und Stadtentwicklung
vom Dienstag, 12.05.2026, 16:00 Uhr

**4.1 Innenhafen – Hochwasserschutz und Neugestaltung:
Festlegung der grundsätzlichen Verkehrsführung für die frei-
raumplanerische Gestaltung**

**SUPA-24/2026
1. Ergänzung**

Herr Niemöller geht kurz auf die neue ergänzende Vorlage SUPA -24/2026 1. Ergänzung ein. Im Anschluss melden sich die verschiedenen Fraktionen zu Wort.

Es wird darauf hingewiesen, dass sämtliche Fraktionen die ergänzende Vorlage mitunterzeichnet haben und dies als positives Signal gewertet werde. Insbesondere wird begrüßt, dass eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung aller Fraktionen gebildet werden soll, die sich vertieft mit den verschiedenen Themen auseinandersetzen wird, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen werden kann.

Im Rahmen der Aussprache wird unter anderem ausgeführt, dass der Wiederaufbau der Kaikante oberste Priorität habe. Zudem wird hervorgehoben, dass im Rahmen der Verkehrsuntersuchung klar definiert werden müsse, welche konkreten Inhalte und Fragestellungen untersucht werden sollen. Dies solle durch die Arbeitsgruppe konzeptionell vorbereitet werden. Ebenso müsse der Zeitpunkt der Verkehrsuntersuchung genau festgelegt werden. Erst im Anschluss könne eine Entscheidung über eine konkrete Variante getroffen werden.

Weiterhin wird eine rechtliche Prüfung hinsichtlich der Kreisstraße als erforderlich angesehen. Zudem wird darauf hingewiesen, dass eine entsprechende Entscheidung später auch durch die Ratsversammlung getroffen werden sollte.

Darüber hinaus wird ausgeführt, dass sowohl die Aufenthaltsqualität als auch die Erreichbarkeit des Neumarktes sichergestellt werden müssten. Die unterschiedlichen Betroffengruppen, insbesondere Touristinnen und Touristen, Pendlerinnen und Pendler, Veranstalterinnen und Veranstalter sowie Passantinnen und Passanten, müssten sich dort wohlfühlen können. Es wird betont, dass keine vorschnellen Entscheidungen getroffen werden sollten. In diesem Zusammenhang wird beispielhaft auf den Hafen-Ost verwiesen.

Zudem werden auch für die Stuhrsallee entsprechende Aspekte angesprochen..

Weiterhin wird hervorgehoben, dass auch die Flächen zwischen den Straßen und der Kai-mauer betrachtet werden sollten. Zudem wird es als wichtig angesehen, dass die Parkhäuser bei sämtlichen Varianten aus allen Richtungen erreichbar bleiben.

Nach Abschluss der Aussprache wird über die Vorlage abgestimmt.

Der Bau der Kaikante wird mit höchster Priorität fortgesetzt. Für die Gestaltung des zurzeit abgängigen Kaikantenbereichs wird für den angrenzenden Verkehrsraum eine Trassenbreite festgelegt, die später alle Varianten der Machbarkeitsstudie Verkehr Schiffbrücke möglich macht. Eine finale Entscheidung über die Freiraumgestaltung zur Verkehrsführung an der Schiffbrücke wird erst nach weiteren Verkehrsversuchen festgelegt. Keine der drei Varianten wird zum aktuellen Zeitpunkt ausgeschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, mit den mobilitätspolitischen Sprecher*innen der Ratsfraktionen ein Konzept für einen Verkehrsversuch zur zukünftigen Verkehrsführung an der Schiffbrücke zu erarbeiten. Die Fraktionsvorsitzenden und externe

Berater*innen können zu den Sitzungen der Arbeitsgruppe bei Bedarf beratend hinzugezogen werden.

Folgende Kriterien sind dabei zu berücksichtigen:

- Was soll wie untersucht werden (z.B. welche Straßen sind ggf. bei Verkehrszählungen zu berücksichtigen; was passiert an der Schiffbrücke, Verkehrsberuhigung, Einbahnstraße, Sperrung für den Durchgangsverkehr etc.)?
- Welche Maßnahmen sind ggf. begleitend zu berücksichtigen (z.B. Beschränkungen für (Schwerlast-/Durchgangsverkehr) in der Duburgerstraße, oder Stuhrsallee)?
- Wie werden die Belange der möglicherweise von einer geänderten Verkehrsführung betroffenen Bevölkerung, von Pendler*innen, Unternehmen und dem Einzelhandel berücksichtigt?
- Welche Bedingungen müssen vor Start des Verkehrsversuches erfüllt sein (z.B. Abschluss Bauarbeiten auf der B200, ggf. vorhandene Straßensperrung im westlichen Stadtbereich, telematikgestützte Optimierung von Ampelschaltungen etc.)
- Wann und wie lange soll der Verkehrsversuch stattfinden?
- Unter welchen Bedingungen wird der Versuch frühzeitig wieder abgebrochen?

Das Konzept für einen Verkehrsversuch ist den politischen Gremien zur Beschlussfassung spätestens sechs Monate vor einer baustellenbedingten (Teil-)Sperrung der Straße Schiffbrücke, oder vor Ende der laufenden kommunalen Legislaturperiode, zur Entscheidung vorzulegen. Parallel sind die Belange und rechtlichen Einordnungen der Kreisstraße K29 Schiffbrücke eng mit der oberen Verkehrsaufsichtsbehörde, dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH Kiel), abzustimmen, um die oben genannten vorgeschlagenen Maßnahmen umsetzen zu können.

Diese 1. Ergänzung ersetzt die Ursprungvorlage.

Begründung: Die Vorstellung und anschließende Beratung über drei Verkehrsvarianten an der Schiffbrücke habe in der Hafendelegation, der Verwaltung, der Politik, den Medien, als auch in der breiten Bevölkerung zuletzt für viel Diskussion gesorgt. Mit öffentlicher Vorstellung der Ergebnisse und Abstimmung aus dem Hafendialog am Montag, den 04.05., in der Bürger*innenhalle hat die Debatte nochmals an Fahrt aufgenommen. Bereits im Vorfeld hat es im Frühjahr 2026 mediale Berichterstattung zur Positionierung der Parteien in der Flensburger Ratsversammlung gegeben.

Nach Aussage des Stadtbaurates ist eine Neugestaltung der Straße Schiffbrücke parallel zum Wiederaufbau der Schiffbrücke ohnehin nicht realistisch. Sodass eine Trennung zwischen prioritärem Wiederaufbau der Kaikante und der Neugestaltung der Straße Schiffbrücke möglich scheint.

Dabei ist es für die weitere Planung der Kaikante jedoch erforderlich, dass für alle drei Varianten eine bauliche Mindestbreite berücksichtigt wird, auch unter Berücksichtigung der Belange einer Kreisstraße.

Dies ermöglicht vor einer endgültigen Entscheidung einen Verkehrsversuch durchzuführen, der von vielen Akteur*innen in der aktuellen Debatte auch eingefordert worden ist, um belastbare Zahlen und Erkenntnisse für eine abgewogene Entscheidung zu haben. Zunächst werden mit genug Vorlauf konkrete Rahmenbedingungen, Ziele und Kriterien für einen Verkehrsversuch erarbeitet. Größere Verkehrsversuche hat es zu kontroversen Themen bereits in vielen Städten, in Deutschland und anderswo gegeben. Von der Expertise auch anerkannter Experten können wir profitieren.

Nur wenn wir wissen, was wir untersuchen wollen und unter welchen Bedingungen überhaupt realistische Testergebnisse erwartbar sind, werden wir auch ein zielführendes Ergebnis bekommen. Ohne Zielklarheit ist eine Messung reine Datensammlung.

Beschlusskontrolle: Im SUPA ist halbjährlich über den Stand der Arbeitsgruppe zu berichten.

Beschluss: **Einstimmig**